

Sitzungstermine im Jahr 2006

Regionalrat

Freitag, 08. Dezember 2006, 10.00 Uhr

Verkehrskommission

Freitag, 24. November 2006, 10.00 Uhr

Unterkommissionen d. Verkehrskommission

UK Bonn

Montag, 06. November 2006, 10.30 Uhr

UK Euskirchen

Mittwoch, 08. November 2006, 10.30 Uhr

UK Aachen

Freitag, 10. November 2006, 10.30 Uhr

UK Gummersbach

Montag, 13. November 2006, 10.00 Uhr

Siehe die **Tagungsorte der UK's** unter:
www.cdu-regionalrat-koeln.de

Strukturkonzept zur Verwaltungsreform vorgestellt

Regierungspräsident Lindlar berichtet im Regionalrat

Die Regierungspräsidenten der fünf Regierungsbezirke in Nordrhein-Westfalen haben ein gemeinsames Strukturkonzept zu den zukünftigen Kompetenzen der drei staatlichen Mittelinstanzen erarbeitet. Einzelheiten dieses Papiers erläuterte der Regierungspräsident des Regierungsbezirkes Köln, Hans-Peter Lindlar, in der Sitzung des Regionalrates am 22. September 2006.

„Die Verwaltungsstrukturreform kann nur gelingen, wenn alle staatlichen Ebenen einen Beitrag leisten“, so die zentrale Aussage Lindlars. Der Beitrag der Bezirksregierungen besteht darin, in den kommenden Jahren 1.100 Stellen und somit 26% der Belegschaft sozialverträglich abzubauen. Zum 01.01.2007 werden alle Sonderbehörden in die Bezirksregierungen integriert. So

wird zum einen die einheitliche Aufgabenwahrung gesichert, zum anderen können durch Synergieeffekte 500 Stellen eingespart werden. Die Dezernate werden von 37 auf 23 verkleinert, die Aufgaben der Dezernate werden von derzeit 659 auf 459 verringert.

Die Bezirksregierungen sollen sich zukünftig auf die Kernaufgaben Gefahrenabwehr, Kommunalaufsicht, Regionalplanung, Schulaufsicht, Umweltaufgaben und Infrastrukturmaßnahmen konzentrieren. Ressort- und fachübergreifenden Angelegenheiten, z.B. bei Genehmigungsverfahren werden regierungsbezirksübergreifend gebündelt. Bestimmte Aufgaben werden ganz bei einer, bzw. zwei

Bezirksregierungen zentralisiert. Bei der Wahrnehmung der Kernaufgaben stehen sechs Funktionen im Vordergrund, so Lindlar:

1. Bündelung der ressort- und fachübergreifenden Angelegenheiten
2. Versorgung der Schulen mit Lehrerinnen und Lehrern
3. Entlastung der Ministerien und Bearbeitung von Einzelfällen
4. Beratung von Kreisen, kreisfreien Städten, Gemeinden, Zweck- und Regionalverbänden
5. Vermittlung als zentrale Schaltstelle zwischen Landesregierung und kommunaler Selbstverwaltung
6. Aktivierung der regionalen Weiterentwicklung

Der Vorstand der CDU-Fraktion im Regionalrat

Vorsitzender

Stefan Götz, (verantwortlich)
Stadt Köln

Stellvertr. Vorsitzende:

Heidi Rackwitz-Zimmermann,
Rhein-Sieg-Kreis
Reimund Billmann, MdL, Kreis
Aachen

Vorsitzender des Regionalrates Köln:

Gerhard Lorth, MdL,
Stadt Bonn

Beisitzer:

Dieter Heuel,
Rhein Sieg Kreis
(Vors. Verkehrskommission)

Prof. Dr. Ing. Erhard Möller,
Stadt Aachen
(Vors. Braunkohlensausschuss)

Dr. Dieter Pesch,
Kreis Euskirchen
(Stellv. Vors. Kommission für
Regionalplanung und Struktur-
fragen)

Fraktionsgeschäftsstelle:

Fraktionsgeschäftsführer
Andreas Klepke M.A.
Zeughausstr. 2-10
50667 Köln

Tel.: 0221 / 139 54 46
Fax: 0221 / 139 54 51

E-Mail:
info@cdu-regionalrat-koeln.de
Internet:
www.cdu-regionalrat-koeln.de

... Regierungspräsident Lindlar stellt im Regionalrat das Strukturkonzept der Bezirksregierungen vor ...

Aktuelle Infos unter:
www.cdu-regionalrat-koeln.de

CDU - FRAKTION IM REGIONALRAT DES REGIERUNGSBEZIRKS KÖLN

RRK - Regionalrats-Report Köln



Oktober 2006 - Ausgabe 24

CDU
im Regionalrat Köln

Regionalrat für IKEA-Ansiedlung

Verfahren für Standort Köln-Ossendorf eingeleitet

Der Regionalrat hat in seiner letzten Sitzung den Erarbeitungsbeschluss zur Änderung des Regionalplanes gefasst, um die Ansiedlung von IKEA in Köln-Ossendorf zu ermöglichen.

Die CDU-Fraktion im Regionalrat Köln begrüßt die geplante Ansiedlung einer Filiale des schwedischen Möbelhauses IKEA im Kölner Stadtteil Ossendorf ausdrücklich als positiven Beitrag zur Entwicklung des regionalen Einzelhandelsstandorts Köln. Die CDU-Fraktion erwartet von diesem Projekt eine

positive Auswirkung auf den Wirtschaftsstandort Köln sowie das angrenzende Umland.

„Die Bereitschaft von IKEA, rund 45 Millionen Euro zu investieren, zeigt die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Köln. Diese Chance zur Schaffung neuer Arbeitsplätze sollte genutzt werden“, so Fraktionsvorsitzender Stefan Götz. Durch die in Ossendorf geplante neue IKEA-Filiale sollen unter anderem bis zu 450 neue Arbeitsplätze entstehen, darunter 15

Ausbildungsplätze. Die hohe Auslastung des IKEA-Standortes in Köln-Godorf, die auch vom Umland stark frequentiert wird, macht darüber hinaus den Bedarf für eine weitere Filiale im Kölner Stadtgebiet deutlich.

Die Einzelheiten, wie zum Beispiel die Größe des Nebensortiments, sind durch den Rat der Stadt Köln im weiteren Verfahren festzulegen. Dabei sind auch die unterschiedlichen Interessen des örtlichen Einzelhandels angemessen zu berücksichtigen.

Liebe Leserinnen und Leser,

der Regierungsbezirk Köln wächst, bzw. dessen Bevölkerung. Dies ist das Ergebnis der aktuellen Bevölkerungsprognose für das Land NRW. Der Kölner Regierungsbezirk entwickelt sich mit einem Einwohnerzuwachs von +5,4% bis 2025 damit entgegen dem Landestrend (-2,6%). Insbesondere die Regierungsbezirke Arnsberg (-9,1%), Düsseldorf (-5,0%) und Münster (-3,5%) tragen zu einer insgesamt negativen Bevölkerungsprognose bei. Am stärksten werden die Städte Aachen (+9,6%), Bonn (+9,5%) und Köln (+8,4%)

Themen in dieser Ausgabe:

- Seite 1:** Verfahren für IKEA-Ansiedlung in Köln eingeleitet/ Vorwort
- Seite 2:** EU-Förderung 2007-2013/ Klarstellung
- Seite 3:** Kiesabbau/ Trassensicherung/ L 183n
- Seite 4:** Termine im Jahr 2006/ Konzept der Bezirksregierungen zur Verwaltungsreform

Bevölkerung 2005*) und 2025 nach kreisfreien Städten und Kreisen

Verwaltungsbezirk	Bevölkerung		Veränderung 1. 1. 2025 gegenüber 1. 1. 2005 %
	1. 1. 2005	1. 1. 2025	
	1 000		%
Gelsenkirchen, krfr. Stadt	270,1	226,1	-16,3
Hagen, krfr. Stadt	198,8	168,6	-15,2
Hochsauerlandkreis	277,7	242,1	-12,8
Remscheid, krfr. Stadt	116,8	102,6	-12,2
Märkischer Kreis	451,4	398,8	-11,7
Ennepe-Ruhr-Kreis	344,8	305,8	-11,3
Herne, krfr. Stadt	171,8	153,0	-11,0
Duisburg, krfr. Stadt	504,4	449,7	-10,8
Recklinghausen, Kreis	649,3	579,6	-10,7
Unna, Kreis	426,3	381,6	-10,5

hier im Regierungsbezirk wachsen. Bei den Kreisen sieht die Prognose die größten Potentiale im Rhein-Sieg-Kreis (+8,9 %), im Kreis Heinsberg (+7,1 %) und im Kreis Euskirchen (+5,1 %).

Auf diese Entwicklung müssen sich nicht nur die Städte und Kreise bereits jetzt mit ihrer Infrastrukturpolitik und Wohnungsplanung einstellen. Auch das Land NRW ist gefordert, bei den Förderprogrammen und Infrastrukturmaßnahmen die zukünftige Bevölkerungsentwicklung stärker als in der Vergangenheit zu berücksichtigen.

Die einseitige Ausrichtung auf das Ruhrgebiet muss ein Ende haben. Dies muss auch die zukünftige Ziel-2-Förderung der EU betreffen. So notwendig die Förderung eines sinnvollen Strukturwandels im Ruhrgebiet auch ist, es müssen auch die starken Seiten im Land gefördert werden. Und hier liegt die Zukunft eindeutig im Rheinland.

Stefan Götz
(Fraktionsvorsitzender)

Förderung weiter mit Schwerpunkt Ruhrgebiet?!**Zukünftige Ziel-2-Förderung der EU im Regionalrat vorgestellt**

In der Sitzung des Regionalrates am 22. September 2006 war Martin Hennecke vom Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen zu Gast, um die

Strukturförderpolitik der Europäischen Union für die Jahre 2007 bis 2013 zu erläutern. Wesentlicher Bestandteil der EU-Förderpolitik im Bereich der Regionalpolitik ist die so genannte Ziel-2-Förderung durch

das EFRE-Programm (EFRE: „Europäischer Fonds für regionale Entwicklung“). Es handelt sich dabei um einen von drei großen Fonds, der von der Generaldirektion Regionalpolitik der Europäischen Kommission verwaltet wird.

Herr Hennecke erklärte zunächst die Grundsätze und Veränderungen der Europäischen Strukturförderung ab dem Jahr 2007. Ziel ist zum einen die Weiterführung der Förderung der bisherigen Ziel-1-Regionen, d.h. die Unterstützung der rückständigen Gebiete. Die bisherigen Ziele 2 und 3 sollen ebenso zusammengefasst werden wie die verschiedenen grenzüber-

greifenden, transnationalen und interregionalen Programme.

Das Finanzvolumen der Strukturfonds 2007 - 2013 beläuft sich für Deutschland auf fast 35 Milliarden Euro, wobei auf Nordrhein-Westfalen ca. 2,3 Milliarden Euro entfallen. Das EFRE-Programm macht dabei in NRW ca. 1,3 Milliarden Euro aus. Hinzu kommen nationale Mittel (z.B. Land NRW) in gleicher Höhe. Die Verteilung der Finanzmittel erfolgt über drei Säulen, wobei der prozentuale Anteil der Mittelzuwendung variiert:

- Stärkung der unternehmerischen Basis: **20% der EFRE-Mittel**
- Innovation und wissensbasierte Wirtschaft: **50% der EFRE-Mittel**
- Nachhaltige Stadt- und Regionalentwicklung: **30% der EFRE-Mittel**

Herr Hennecke erläuterte weiter, dass die Schwierigkeiten im Ruhrgebiet dort nach wie vor eine Konzentration der Finanzmittel in bestimmten Problemfeldern erforderlich machen. Als Hauptprobleme des Ruhrgebietes benannte Herr Hennecke:

- Erhebliche Gründer- und Mittelstandslücke
- Erneuerungsbedarf bei Infrastruktur
- Viele Städte/ Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf

Zu der Heraushebung des Ruhrgebiets befragten die Mitglieder des Regionalrates Köln Herrn Hennecke im Anschluss an seinen Vortrag. Es wurde insbesondere die Befürchtung geäußert, dass die Konzentration der EU-Förderung auf das Ruhrgebiet, den Wettbewerb um die Mittelvergabe zwischen den verschiedenen Regionen verhindern könnte. Herr Hennecke widersprach dieser Befürchtung und erklärte, dass die Umsetzung im Wettbewerbsverfahren um die besten Ideen und Konzepte erfolgen soll. Die Qualität der Projekte sei das entscheidende Kriterium, so Hennecke.

„Die CDU-Fraktion im Regionalrat Köln wird genau beobachten, wie die Mittel in NRW verteilt werden. Eine vorab festgelegt Bevorzugung des Ruhrgebietes lehnen wir jedoch ab“, sagte Stefan Götz, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Regionalrat Köln (Vgl. die Folien zum Vortrag im Regionalrat auf: www.cdu-regionalrat-koeln.de).

Klarstellung eines Artikels aus der Zeitschrift „KommunalDienst“**„Regionalplan“ ersetzt „Gebietsentwicklungsplan“**

Das KPV-Bildungswerk stellt in seiner Publikation „Kommunal Dienst“ in der Ausgabe 02/2006 die rechtliche Neufassung der Landes- und Regionalplanung in Nordrhein-Westfalen dar. In diesem Artikel wird zwischen der Regionalplanung einerseits und den Gebietsentwicklungsplänen andererseits unterschieden. Dies ist nach der Novellierung des Landesplanungsgesetzes (kurz: LPIG) vom Mai 2005

nicht mehr richtig und führt zu Missverständnissen.

Durch die Neufassung des Landesplanungsgesetzes wird der Ausdruck „Gebietsentwicklungsplan“ (kurz: GEP) durch den Begriff „Regionalplan“ ersetzt. Die Regionalpläne regeln genauso wie die früheren Gebietsentwicklungspläne die regionalen Ziele der Raumnutzung. Sie sind daher nicht, wie im Arti-

kel dargestellt, von der Regionalplanung zu unterscheiden und als eigenständige Planungsstufe anzusehen. Regionalpläne sind vielmehr Ergebnisse des Gesamtprozesses der Regionalplanung. Verantwortlich für das Verfahren zur Einleitung, Erarbeitung und Aufstellung von Regionalplänen sind die fünf Regionalräte in Nordrhein-Westfalen in Zusammenarbeit mit den fünf Bezirksregierungen.



... der Regionalrat informiert sich über die zukünftigen Rahmenbedingungen der Europäischen Strukturförderung - CDU ist gegen Bevorzugung des Ruhrgebietes ...

... der Begriff „Regionalplan“ ersetzt im neuen Landesplanungsgesetz den bisherigen Ausdruck „Gebietsentwicklungsplan“...

Antrag der Stadt Köln zur Streichung des Abgrabungsbereichs in Meschenich**Antrag vertagt - Anfrage der CDU einstimmig beschlossen**

In der letzten Sitzung des Regionalrates stand ein Antrag der Stadt Köln zum Abgrabungsbereich in Meschenich zur Diskussion. Der Antrag sieht die Streichung des Bereiches „zur Sicherung und den Abbau oberflächennaher nichtenergetischer Bodenschätze (BSAB) Nr. 14, Köln Meschenich“ vor.

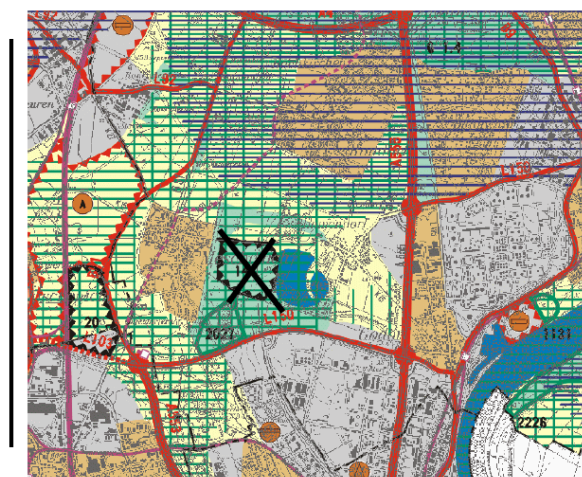
Die CDU-Fraktion im Regionalrat hat hierzu eine Anfrage gestellt. Der in der Anfrage formulierte umfangreiche Fragenkatalog wurde von allen Fraktionen einstimmig beschlossen und muss jetzt von der Bezirksregierung beantwortet werden. Der Regionalrat beschloss außerdem einstimmig die Vertagung der Beschlussfassung über den Antrag der Stadt Köln. Diese soll erst dann erfolgen, wenn alle Unklarheiten beseitigt sind. Folgende Fragen werden gestellt:

1. Welche Bedarfsprognosen lagen bei der Aufstellung des GEP Köln für den Abbau von Sand und Kies zugrunde (ha und ccm) und wie stellt sich die aktuelle Entwicklung dar?
2. Welches Volumen umfasst dabei der Antrag der Stadt Köln?
3. Wie wurde die Rohstoffgewinnung aus dem Tagebau dabei berücksichtigt?
4. Ist die Aussage der Stadt Köln zutreffend, dass der in Köln gewonnene Kies insbesondere für den Bedarf in Holland gewonnen wird?
5. Wenn ja, wie ist dies unter regionalplanerischen Gesichtspunkten und der Tatsache, dass auf niederländischer Seite keine Abbaugelände für

Kies und Sand mehr ausgewiesen werden, zu bewerten?

6. Wie ist die Aussage der Bezirksregierung zu verstehen, dass in der verbleibenden Region keine Lagerstätten zu finden seien, die IHK jedoch ausdrücklich auf weitere Lagerstätten in Roggendorf-Tenhoven und Dünnwald als Alternativen verweist?

7. Bestünde die Möglichkeit, durch einen Flächentausch – bei gleichem Volumen – dem Anliegen der Stadt Köln Rechnung zu tragen?



Streichung des Abgrabungsbereichs Meschenich im Regionalplan

... der Bereich zur Abgrabung von Kies in Köln-Meschenich wird vorerst nicht aus dem Regionalplan gestrichen...

Antrag der CDU-Fraktion einstimmig beschlossen**Anpassung der Bahntrassen im Regionalplan an die IGVP**

Die Verkehrskommission des Regionalrates Köln hat in ihrer letzten Sitzung einen Antrag der CDU-Fraktion beschlossen, wonach die Bezirksregierung Köln aufgefordert wird, ein Erarbeitungsverfahren zur Anpassung der Bahntrassen im Regionalplan an die Integrierte Gesamtverkehrsplanung Nord-

rhein-Westfalen (kurz: IGVP) einzuleiten.

Der Antrag verfolgt außerdem das Ziel, die Regionalpläne so zu ändern, dass bestimmte Bahnstrecken nicht mehr in den jeweiligen Regionalplänen enthalten sind. Zum Hintergrund: Die von

der CDU zur Streichung beantragten Bahnstrecken sind in der neuen IGVP nicht mehr enthalten und werden von den Kommunen nicht weiter verfolgt. Durch die Herausnahme der Trassen aus den Regionalplänen stehen diese der planerischen Entwicklung vor Ort nicht länger im Weg.

... Weg frei für die kommunale Planung - Beschluss der Verkehrskommission hilft den Kommunen...

Ortsumgehung L 183n Köln-Roggendorf/ Thenhoven fertig gestellt**Erfolgreiches Modell von Public-Private-Partnership**

Nach knapp zehn Monaten Bauzeit ist die Ortsumgehung Köln-Roggendorf/ Thenhoven fertig gestellt worden. Statt ehemals 12.000 Fahrzeugen pro Tag, werden sich in Zukunft nur noch 2.000 Fahrzeuge durch die enge Ortsdurchfahrt quälen müssen. Die 2,1 Kilometer lange Trasse verbindet außerdem die

Unternehmen im Kölner Norden und im Süden Dormagens besser mit der Autobahn A 57.

Die schnelle Realisierung der Maßnahme, die insgesamt 4,1 Millionen Euro gekostet hat, wird durch die Firma INEOS Köln GmbH in Form einer Public-Private-Partnership

(PPP) für das Land Nordrhein-Westfalen vorfinanziert. „Wenn wichtige Straßenprojekte mit Hilfe Privater schneller realisiert werden können, wird die CDU im Regionalrat Köln dies auch in Zukunft unterstützen“, erklärt Stefan Götz, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Regionalrat Köln.

... schnelle Realisierung der L 183n Dank erfolgreichem PPP-Modell ...